



GRÜNE

bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch


Konkrete Schritte statt Scheinlösungen

Klima-Initiative lanciert

Eine zentrale Frage bei der Klimadebatte ist: Wie senken wir den CO₂-Ausstoss beim Verkehr? Der Verkehr ist für einen Drittel der CO₂-Emissionen in der Schweiz verantwortlich. Damit es im Klimaschutz endlich vorwärts geht, lancieren die Grünen zusammen mit der SP und den Umweltverbänden eine Initiative. (Foto: Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne mit Kaspar Schuler, Geschäftsleiter Greenpeace Schweiz und Hans-Peter Fricker, Geschäftsführer WWF Schweiz an der Pressekonferenz zur Lancierung der Initiative).

Brasilien betankt schon seit Jahren einen ansprechenden Anteil seiner Autoflotte mit Ethanol aus Zuckerrohr, das als CO₂-neutral gilt. Auch in der Schweiz will man heute als Klimaschutzmassnahme Bio-Treibstoffe verbilligen. Das Parlament hat Ende März die entsprechende Änderung der Mineralölsteuer beschlossen. Bio-Treibstoffe lösen unsere Klimaprobleme jedoch nicht wirklich. Sie schwindeln den Menschen vor, man könne ohne Verhaltensänderung das Ausmass des Klimawandels dämpfen. Ganze Heerscharen von Interessengruppen halten uns mit solchen Schein- und Teillösungen davon ab, rasch griffige Massnahmen zu erarbeiten. Damit es mit dem Klimaschutz endlich vorwärts geht, braucht es jetzt zusätzlichen Druck.

Klimainitiative ist ein Muss

Die Grünen haben vor einem Jahr die Idee einer Klimainitiative lanciert. In den letzten 12 Monaten wurde sie zusammen mit SP und Umweltorganisationen konkretisiert. Die Initiative ist ein Muss. Denn die bürgerliche Mehrheit glaubt weiterhin, der Klimawandel lasse sich aussitzen. So war das Thema dem Nationalrat in der Frühlingsession bloss eine vierstündige Debatte wert. Sogar diese Mini-Debatte wollte die SVP torpedieren, indem sie eine Halbierung der vom Ratsbüro vorgesehenen Redezeit verlangte.

Die Klimainitiative zwingt Bund und Kantone zu einer wirksamen Klimapolitik. Sie müssen dafür sor-

gen, dass die Menge des vom Menschen verursachten Treibhausgas-Ausstosses bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 30 Prozent abnimmt.

Treibhausgase sind zu drosseln

Warum ist es wichtig, dass wir auf das Jahr 2020 die Emission von Treibhausgasen massiv drosseln? Was heute an CO₂ in die Atmosphäre steigt, wird durchschnittlich 100 Jahre zur Erwärmung beitragen. Die Temperaturen werden bis ins Jahr 2100 wahrscheinlich mehr als doppelt so schnell steigen wie im letzten Jahrhundert. Der Meeresspiegel steigt als Folge noch in diesem Jahrhundert 18 bis 59 Zentimeter an. Stürme, Überschwemmungen und Dürren häufen sich. Die Gletscher werden verschwinden.

Weite Teile der bewohnten Schweiz liegen im klimasensiblen Alpenraum. Unsere Vorfahren waren Naturereignissen hilflos ausgeliefert. Heute haben wir Mittel, Wissen und Technologie, um rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Wir können den Übergang zu einer klimaschonenden Wirtschaftsweise problemlos schaffen. Würde nur jeder in der Schweiz lebende Offroader durch ein Hybridauto ersetzt, kämen wir den Zielen der Klimainitiative schon nahe. Wir brauchen Anreize und neue Verbrauchsvorschriften mit Lenkungswirkung. Bürgerliche Scheinlösungen bringen uns hingegen nicht weiter. *Franziska Teuscher, Nationalrätin*

Diversité et stabilité



Chaque région doit pouvoir compter sur des têtes émergentes. J'ai milité activement pour que le candidat du Jura bernois au Conseil

national soit une personnalité connue et reconnue. Il faut pourtant éviter de concentrer trop les regards de la presse et des électeurs sur une seule personnalité. Les Verts du Jura bernois veulent s'ancre durablement dans la politique régionale et cantonale. Il faut donc bâtir une équipe, un noyau soudé et aux compétences multiples. Chaque personne rallie avec lui une certaine frange de la population que nous devons convaincre et stimuler. Nous ne pouvons pas seulement compter sur la sympathie des convaincus. En ayant un candidat bien profilé pour les prochaines élections, Aldo Dalla Piazza pour le conseil national, nous augmentons nos chances de concrétiser un noyau solide à long terme.

François Roquier

Inhalt



Seite 2
Der Klimagipfel im August in Bern



Seite 7
Volksvorschlag: Augenmass statt Kompromisslosigkeit



Seite 7
Tagesschulen für den ganzen Kanton



Seite 8
Therese Frösch: Gründe für ein Nein zur IV-Revision



Beilage
Unterschriftenbogen Offroader-Initiative und Steuerreferendum

Bildungsoffensive



Gewalt ist nicht einfach ein Problem der Jugend und der ausländischen Bevölkerung, wie uns oft weisgemacht wird. Gewalt ist zumeist männlich und in unserer Gesellschaft

allgegenwärtig. Doch Gewalt ist inakzeptabel. Zahlenschlachten, gegenseitige Schuldzuweisungen und einfache Rezepte à la SVP und FDP führen in eine Sackgasse. Gewaltbereitschaft von Jugendlichen hat viele Gesichter und hat mit sozialer Benachteiligung, mangelnder beruflicher Perspektive, schwierigen Familiensituationen und Schulproblemen zu tun. Kinder in der Schweiz haben je nach sozialer Herkunft schlechtere Chancen. Je mehr Bücher zu Hause an der Wand stehen, desto besser sind die Bildungschancen. Hier müssen wir ansetzen. Unser Schul- und Bildungssystem muss so verändert werden, dass alle Jugendlichen eine Berufslehre oder eine Mittelschule abschliessen können.

Corinne Schärer, Grossrätin

KantonalSpots

■ Programm Klimagipfel

Am 30. August 2007 ab 16.30 Uhr im Alpinen Museum, Bern. Es sprechen unter anderem Fortunat Joos (Mitautor IPCC-Bericht), Dr. Marco Berg (Autor Studie «Road Map erneuerbare Energien», SATW), Nationalrätin Franziska Teuscher und aus dem Berner Regierungsrat Barbara Egger-Jenzer. Ab 20.00 Uhr Bio-Slow-Lunch.

■ Infektionen in der Kinderonkologie

Sind die zu Beginn der 5jährigen Bauzeit aufgetretenen Aspergillus-Infektionen Folgen der Sparsucht des bürgerlich dominierten Grossen Rates? Nachdem die Frage von Johanna M. Wältli-Schlegel in der Fragestunde nur unbefriedigend beantwortet wurde, hat die Oberaufsichtskommission die Regierung zu einer Stellungnahme aufgefordert. Ob ein überparteilicher Vorstoss folgt, hängt von Antwort und Taten ab.

■ Grossrats-Vizepräsidentin mit Glanzresultat

Mit 139 von 141 Stimmen hat der Grosse Rat Dorothea Loosli als erste Vizepräsidentin gewählt und bewiesen: Dorothea wird weit über die grünen Grenzen hinaus hoch geschätzt. Wir gratulieren!

2. Klimagipfel der Grünen Kanton Bern

Wir haben die Wahl!

Am 30. August wollen die Grünen am Klimagipfel vertiefte Antworten zur Klimafrage finden. ReferentInnen aus Wissenschaft, Praxis und Politik präsentieren im Alpinen Museum in Bern Lösungsansätze.

Seit wir Grünen existieren, fordern wir eine nachhaltige Energieversorgung, die auf effizienter Energienutzung und erneuerbaren Energien basiert. Lange wurden wir dafür belächelt. Mit dem Damoklesschwert der Klimaveränderung vor Augen wird jetzt einer breiten Bevölkerungsschicht klar, dass sich die Energiepolitik verändern muss.

Die Stromlobby versucht mit dem Gespenst der "Stromlücke" Angst zu schüren, um dem Bau neuer AKW den Weg zu ebnen. Dieser Angst wollen wir am Klimagipfel mit Zahlen und Fakten begegnen. Fortunat Joos, Mitautor am IPCC Bericht der UNO, wird aufzeigen, wie es auf globaler Ebene um das Klima steht. Wie kann unser fiebriger Planet genesen, was ist zu tun? Dr. Marco Berg, Mitautor der SATW Studie "Road Map erneuerbare Energien Schweiz", geht der Frage nach, welches Potential an erneuerbaren Energien in der Schweiz besteht. Wie kann es ausgeschöpft, wie finanziert werden? Können erneuerbare Energien den Bedarf abdecken, wenn wir konsequent den Weg der 2000-Watt-Gesellschaft einschlagen?

Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer stellt die Energiestrategie der rot-grünen Regierung für den Kanton Bern vor. Welche politischen Massnahmen sind geplant, damit der Weg zur 2000 Watt Gesellschaft wirklich eingeschlagen wird? Genü-

gen diese Massnahmen? Und wirken sie genügend schnell?

Mit guten Beispielen voran

Während viele noch reden, haben einige gehandelt. In einem zweiten Teil kommen PraktikerInnen zu Wort und stellen ihre wegweisenden Projekte vor: Zum Beispiel das Bürogebäude der EAWAG, das bei gleichen Kosten 10% der Energie eines normalen Bürogebäudes verbraucht oder der Bauernhof, der mit der Sonne fast drei Mal mehr Energie produziert als er verbraucht.

Im dritten Teil steht die Berner Politik auf dem Prüfstand. Wie ernst ist es den Parteien mit der Klimapolitik und einer nachhaltigen Energiepolitik? Werden die Probleme an der Wurzel angepackt oder soll das Klimaproblem mit dem Bau von AKW gelöst werden?

Zum Abschluss sorgt ein "Bio-Slow-Lunch" für das leibliche Wohl der Teilnehmenden. Wussten Sie, dass BiobäuerInnen auch KlimabäuerInnen sind? Durch den Verzicht auf Kunstdünger und Pestizide und den gezielten Aufbau des Humusgehalts im Boden trägt die Biolandwirtschaft aktiv zur Verringerung der CO₂-Belastung der Atmosphäre bei, denn Humus braucht es nicht nur für das Pflanzenwachstum. Lebendiger Boden bindet um einiges mehr schädliches CO₂ ein als toter Boden. Ein Grund mehr, den lokalen Bio-Produkten den Vorzug vor weitgereister Massenware zu geben.

Kathy Hänni, Bio-Bäuerin, Grossrätin Grüne

Rita Haudenschild, Grossrätin Grüne

Antonio Bauen, Gemeinderat Münsingen



Leitplanken für den kantonalen Richtplan

Nachhaltige Entwicklung stärken

Die seit 2006 mehrheitlich rot-grüne Berner Regierung hat einige Leitplanken neu gesteckt, um der Grundmaxime ihrer Regierungsrichtlinien «Nachhaltige Entwicklung stärken» Inhalte zu geben. Die Grünen unterstützen deshalb mit gutem Gewissen den neuen kantonalen Richtplan.

Einige für die Grünen zentralen Neuerungen sollen hier aufgeführt werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- In der Strategie Gesamtmobilität sind Räume differenziert nach ihrer Bedeutung mit den geeigneten Verkehrsmitteln zu erschliessen. Die Mobilitätsketten sind mittels Bike & Ride, Park & Ride, Mobility, Fahrplangestaltung, guten Umsteigemöglichkeiten, Mitfahrmodellen usw. zu schliessen. Diese Anforderungen sind heute ein Muss. Denn ein gut funktionierendes, umweltverträgliches Mobilitätssystem ist eine zentrale Standortqualität.

- Eine Siedlungsentwicklung nach innen ist gegenüber Neueinzonungen an schlecht erschlossenen Lagen vorzuziehen. Die vorgeschlagene Regelung mit einer messbar definierten ÖV-Erschliessungsqualität bietet Grundlage für die geordnete Siedlungsentwicklung. Die Abstimmung zwischen Verkehrs- und Siedlungsplanung soll eine haushälterische Bodennutzung ermöglichen.

- Wir unterstützen die Sicherung der kantonalen Interessengebiete zur Energieversorgung unter Beachtung der Energietransportwege und -nutzungsanlagen und dem Nutzungspotential erneuerbarer Energien, ebenso die überarbeitete, vom Grossen Rat verabschiedete Energiestrategie. Das Nutzungspotential erneuerbarer Energien an heutigen und künftigen Standorten ist zu sichern.

- Mit der Umsetzung dreier Schwerpunktregionen der LANAT-Strategie 2010 soll eine leistungsfähige, markt- und umweltgerechte Landwirtschaft gefördert werden, auch wenn



deren Strukturwandel dadurch kaum gebremst werden kann. Fruchtfolgeflächen dürfen für Boden verändernde Nutzungen nur sehr zurückhaltend beansprucht werden.

- Infrastrukturen für Bildung, Gesundheit und Soziales sind als neues Strategiekapitel aufgenommen worden. Bildung und Forschung bilden zentrale Elemente für die wirtschaftliche Innovationskraft.

Grüne Handschrift erkennbar

Mit Genugtuung können wir feststellen, dass Änderungen und Neuerungen im Kantonalen Richtplan die unverkennbare Handschrift des grü-

nen Regierungsrates Bernhard Pulver tragen. Die Überlegungen, die er in seinem «Programm für den Kanton Bern» zusammengefasst hatte, sind eingeflossen. Auch ein noch knapp bürgerlich dominierter Grossrat wird im Wissen um die von uns Menschen verursachte Klimaerwärmung nicht zur Verwässerung der nachhaltigen Ansätze beitragen wollen. Die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ist unsere Pflicht gegenüber unseren Nachkommen – über alle Parteigrenzen hinweg!

Johanna M. Wälti-Schlegel

Grossrätin Grüne Oberaargau, Burgdorf

Demain sans les Verts?



Dans les petits scoops récents, nous avons eu le bonheur d'entendre que nous étions voués à disparaître. Plus

de raison d'être les Verts, tous les partis ont une approche similaire à la nôtre. Si seulement c'était vrai!

Nous devons au contraire lutter pour un vrai changement de cap. Une inversion des principes d'action. Osons redire que la théorie de la croissance continue est une aberration, que le

problème du droit à la mobilité est un problème majeur, qu'il n'est pas possible de parler de protection de l'environnement si on ne traite pas à la base les symptômes de la pauvreté ou que le fonctionnement de l'économie de marché ne peut être durable que si on introduit un prix à tous les impacts directs et indirects sur l'environnement. Nous nous battons actuellement sur de nombreux détails, mais fondamentalement nous allons trop dans le sens du courant de pensées général. Parlons justement de l'électricité. Le rehaussement du barrage du Grimsel

oppose marais et courant électrique «propre», éoliennes et centrale à gaz à l'énergie atomique. L'eau pompée dans le Grimsel le sera avec de l'énergie bon marché des centrales atomiques européennes, les éoliennes peuvent générer la présence de centrale à chaleur pour permettre de combler les jours sans. Stop, nous devons exiger des changements radicaux, une vision globale! Dans l'immédiat et dans le canton de Berne, cela signifie que nous ne devons pas autoriser une centrale de production énergétique sans connaître tous les coûts environ-

nementaux, sans avoir une vision d'ensemble de l'interdépendance des diverses sources entre elles. Taxons l'énergie pas le travail! Si les autres partis avaient bien voulu suivre cette maxime et accepter le centime solaire, si... Nous avons une vision moderne pour demain, nous osons penser à l'avenir. Soyons fermes et osons le vrai progrès. Nous devons certes régler des tas de petits problèmes immédiats, mais n'oublions pas l'essentiel. Les Verts ont un avenir, malheureusement!

Yves Leuzinger

Grüne im Amt Thun

Aufbruchstimmung in Thun

Die 1986 gegründete GFL Amt Thun hat bei den Grossratswahlen trotz Reduktion des Rates einen Sitz gewonnen und damit Anspruch auf einen Gerichtspräsidenten. Unsere weiteren Ziele: Gründung einer Ortspartei in Steffisburg, 5% mehr Mitglieder und grünen Anliegen im Parlament Gehör und Unterstützung verschaffen.

Neu wird die GFL ein Mitglied und Ersatzmitglied des Kreisgerichtes nominieren können. Nach einer turbulenten Zeit werden wir Grünen im Amt nun hoffentlich wieder mehr agieren statt reagieren und endlich Zeit finden, unser Jubiläum nachzufeiern.

GFL Stadt Thun bleibt hartnäckig

Mit dem Schwung des Erfolges aus den Gemeindewahlen in der Stadt Thun vom vergangenen Herbst packt die GFL die folgenden aktuellen Themen an:

■ Verkauf Energie Thun AG: Die prekäre Finanzlage der Stadt Thun soll mit dem Erlös von 74 Millionen Franken aus dem Verkauf kurzfristig ver-

bessert werden. Das tönt verlockend, die GFL hinterfragt aber die langfristigen Auswirkungen, die Monopolisierung des Strommarktes, die zu erwartenden höheren Strompreise und die längerfristigen Mindereinnahmen für die Stadt.

■ Zweiter Anlauf für Thun Süd: Vor einem Jahr schickten die Stimmenden das Sportzentrum mit 63% Nein-Stimmen bachab. Die GFL wehrte sich als einzige Partei geschlossen gegen dieses zu 95% aus öffentlichen Mitteln finanzierte Grossprojekt. Kürzlich präsentierte der Gemeinderat einen privaten Stadioninvestor, der am gleichen Standort ein gleich grosses Fussballstadion bauen will. Der Clou: Das Stadion kostet die Stadt ausser der Erstellung der Erschliessungsinfrastruktur keinen Franken! Unser Widerstand hat der Stadt mehr als 20 Mio. Franken gespart – keine schlechte Leistung für angebliche «Totengräber». Der Zonenplan muss allerdings gegen den Willen des Gemeinderates nochmals vor das Volk. Er hatte dies im Dezember 2005 versprochen, musste nun aber von der GFL mittels Vorstoss daran erinnert werden.

Jubiläum für GFL Uetendorf

Dieses Jahr feiert die GFL Uetendorf das 20-jährige Bestehen. Ausser einem kurzen Unterbruch ist die GFL seither mit einem Sitz im Gemeinderat vertreten. Seit 2001 steht Lilian Bodmer dem Ressort Kultur/Jugend vor. 2007 wird die Exekutive neu gewählt, weshalb die GFL diverse Anlässe und Aktionen plant. Mit einem engagierten Wahlkampf und guten Kandidierenden soll der Wähleranteil von 14% gehalten werden.

GFL Heimberg

Gegründet 1987 zählt Heimberg seither immer ein gutes Dutzend Mitglieder, die sachlich, kritisch und tolerant die Politik der Gemeinde mitgestalten. 1988 eroberte die GFL einen Sitz im Gemeinderat, 1992 waren es sogar zwei. Während acht Jahren stellte die GFL den Gemeindepräsidenten. 2004 trat die GFL mit einer Frauenliste an, um dem reinen Männergremium eine weibliche Vertretung zu geben – mit Erfolg!

Andrea De Meuron

Präsidentin GFL Amt Thun und Stadträtin



Facts and figures

GFL Amt Thun (14 Mitglieder)

Präsidentin: Andrea de Meuron

Sekretär: Rolf Begré

Kontakt:

Rolf Begré, Tel. 033 335 26 38,

info@gfl-thun.ch

Grosser Rat:

Elisabeth Bregulla (seit 2006) und

Thomas Heuberger (seit 2002)

GFL Stadt Thun (42 Mitglieder)

www.gfl-thun.ch

Co Präsidium: Renate Begré und

Elisabeth Bregulla

Sekretär: Rolf Begré

Stadträtinnen und Stadträte:

Renate Begré (seit 2002)

Andrea de Meuron (seit 2006)

Martin Erb-Frei (seit 2006)

Matthias Mc Hale (seit 2004)

Thomas Hiltbold (seit 2002)

GFL Uetendorf (16 Mitglieder)

www.gfluetendorf.ch

Präsident: Hannes Joos

Vizepräsidentin: Annekäthi Zenger

Sekretär: Andreas Zenger

Gemeinderätin: Lilian Bodmer

GFL Heimberg (12 Mitglieder)

Co-Präsidenten: Beat Straubhaar und

Urs von Felten

Gemeinderätin, Ressort Bildung:

Gabi Burri

Delegierte Kanton

Elisabeth Bregulla (Vorstand Bern)

Rolf Begré (GFL Thun)

Andrea de Meuron (GFL Amt)

Martin Frei-Erb (GFL Thun)

Silvia Meister (GFL Heimberg)

Matthias Mc Hale (GFL Thun)

Hans Portenier (GFL Thun)

Linda Straubhaar (GFL Heimberg)

Delegierte (GFL Uetendorf)



Daten: Amt für Geoinformation des Kantons Bern

Auf dem Weg zu einer Lokalen Agenda 21 in Biel

Grüne Biel machen Druck

Der Bieler Gemeinderat schiebt die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung vor sich her. Dank den Grünen soll sich das nun ändern.

Im Dezember 1997 reichte die Grüne Stadträtin Giovanna Massa Bösch ein Postulat ein mit dem Titel «Erarbeitung einer Bieler Agenda 21». Darin forderte sie den Gemeinderat auf, eine lokale Agenda 21 auszuarbeiten und entsprechende Handlungsprogramme in die Wege zu leiten. Der Vorstoss wurde im Stadtrat Ende 1998 für erheblich erklärt. Seither drückt sich der Gemeinderat vor der Umsetzung und suchte mehrere Male, zuletzt im Februar 2006, um Fristverlängerung nach.

Die Grünen wollen dieser zaghafte Politik nicht länger zusehen. Biel soll endlich eine Lokale Agenda 21 erhalten, die diesen Namen verdient. Nicht zuletzt dank des grossen Engagements von Christoph Grupp, ausgewiesener Experte für die nachhaltige Entwicklung, ist das Ziel jetzt in greifbare Nähe gerückt.

Zuerst die Ausgangslage bestimmen

Meilensteine waren eine Reihe von Anlässen, welche kürzlich zusammen mit der SP Biel durchgeführt wurden. In der auch von bürgerlichen Parteien sehr gut besuchten Lancierungsveranstaltung im Oktober 2006 wurde ein Überblick zur Lokalen Agenda 21 und zu deren Umsetzung präsentiert. Im Anschluss daran hatte Baudirektor Hubert Klopfenstein noch einmal die Gelegenheit, die Haltung der Stadt Biel darzulegen.

An einem Workshop im Februar konnten die Teilnehmenden der ersten Veranstaltung die Ausgangslage in Biel erörtern und den Handlungsbedarf diskutieren. Trotz grossem Interesse wurde deutlich, dass für eine Mehrheit die Ideen der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 konkreter gemacht werden müssen.

Am dritten Treffen im März stand daher die Begriffsklärung im Zentrum. Dabei wurde gezeigt, dass jede Gemeinschaft zu ihrer eigenen Definition von Nachhaltigkeit finden muss und dass es mehrere erfolgreiche Wege zur Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 gibt.

Nicht mehr locker lassen

Die drei Anlässe haben zwei Schlüsselbereiche für das weitere Vorgehen aufgezeigt. Erstens fehlt es an einer breiten und engagierten Unterstützung. Darum setzen sich die Grünen dafür ein, dass im Stadtrat eine überparteiliche Arbeitsgruppe geschaffen wird. Zweitens sind der Kenntnisstand und die Sensibilisierung bei den meisten Akteuren, nicht zuletzt im Gemeinderat und in der Verwaltung, noch ungenügend. Die Einführung eines Bewertungsrasters, mit welchem der Gemeinderat dem Stadtrat Rechenschaft über die Nachhaltigkeit jedes Projektes ablegt, könnte Abhilfe leisten. Fest steht: Die Grünen werden nicht mehr locker lassen. Eine weitere Veranstaltung ist bereits für den 11. Juni geplant.

Urs Scheuss, AG Ökologie Grüne Biel



LokalSpots

■ Start geglückt

Bei den jungen grünen geht es rege zu und her. Die Stopp-Offroadinitiative ist gut gestartet. Die Unterschriften lassen sich sehr einfach sammeln, die Leute sind für dieses Thema sensibilisiert und gut informiert. Auf kantonaler Ebene sind die jungen grünen berner im Aufwind. Die Gründungsversammlung im Restauranttram vom Eigerplatz zum Guisanplatz war «sooo schön» und es hat sich mittlerweile eine sehr motivierte Gruppe junger Leute zusammengefunden, die sich für die jungen grünen Themen einsetzen werden. Mehr Infos auf www.junge-gruene.be

■ Umweltpreis

Am 31. März 2007 zeichneten die Grünen Seeland die «Kulturspur» (www.kulturspur.ch) unter anderem aus für ihr Projekt «Wegspur», einen verkehrsgeschichtlichen Rundgang rund

um Busswil. Mit Informationstafeln werden die Wandernden auf Überreste früherer Verkehrswege, die ehemalige Fähre über die Aare, die Anfänge des Eisenbahnzeitalters etc. aufmerksam gemacht. Die «Kulturspur» beweist, dass Ökologie und wirtschaftliche Entwicklung wie Tourismus sich gegenseitig befruchten können. Der Umweltpreis soll in seiner Form möglichst effizient zum Projekt beitragen. Für die «Kulturspur» bestand der Preis – nebst einem Zertifikat – deshalb aus dem Wiederinstandsetzen und Auffrischen der Informationstafeln der «Wegspur» Busswil. Dies ist übrigens der Grund für die «verspätete» Preisverleihung, denn das Beleben von Rundgängen macht in der Frühlingssonne mehr Freude als im regnerischen Herbst. Nach einem fröhlichen Fussmarsch entlang der «Wegspur» fand die Preisverleihung beim Busswiler Bahnhof mit einem feinen Bio-Apéro statt.





Nachhaltige Verkehrs- und Raumplanungspolitik

Klimapolitik ist auch Verkehrspolitik



Im Norden von Bern wird Grosses geplant: mehr Verkehrskapazitäten und eine Verdoppelung der wirtschaftlichen Nutzung. Klima und Bevölkerung leiden unter den Folgen dieser Fehlentwicklung.

Der geplante Ausbau der Wankdorfkreuzung ermöglicht einen Zuwachs des Individualverkehrs

von bis zu 15%. Dies steht im Widerspruch zur notwendigen CO₂-Reduktion. Gemäss Umweltbericht werden in den Wohnzonen die Grenzwerte der Lärmschutzverordnung schon heute überschritten. Die Verkehrszunahme auf den Anschlussstrecken an die Wankdorfkreuzung verschlechtert die Situation. Aus umwelt- und energiepolitischen Überle-

gungen hat das GB Einsprache erhoben und erwartet eine grundlegende Überarbeitung des Projekts. Positiv ist die Verlängerung der Tramlinie vom Guisanplatz zur S-Bahn-Station Wankdorf.

Für eine attraktive Wohnstadt

Gleichzeitig will der kantonale Richtplan ESP Wankdorf die Nutzungsdichte im Nordquartier gegenüber 1996 verdoppeln. Der Richtplan schöpft alle Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung aus, vernachlässigt aber die Bedürfnisse der Bevölkerung. Ein solches Wachstum ist weder wohn- noch umweltverträglich. Dabei hat die Stadt bereits heute das ungünstigste Verhältnis zwischen (tiefer) Anzahl Wohnungen und (vielen) Arbeitsplätzen. Das GB fordert vom Kanton, dass der Zuwachs für neue wirtschaftliche Nutzungen beschränkt, der Nutzungsmix zugunsten von mehr Wohnungen verschoben und der vorhandene Grünraum geschützt wird. Bern muss eine attraktive Wohnstadt sein. Der Teufelskreis von Familien, die aus der Stadt in die Agglomeration ziehen und dann täglich mit dem Auto in die Stadt pendeln, muss gestoppt werden. Das GB setzt sich zusammen mit der Agglomeration für eine umweltverträgliche Entwicklung ein. Ein gemeinsamer Schritt könnte ein Slow-up an einem autofreien Sonntag werden. Wer hilft mit?

Natalie Imboden, Präsidentin Grünes Bündnis Bern

Befindlichkeit und Wahlen

Grün macht glücklich!



Kritisch beobachten!



In den Jahren 2008 bis 2011 wird die Stadt Bern zusätzliche 3,1 Millionen für die Kultur ausgeben. Das ist viel Geld und in Anbetracht der Runden Spartische ohne Tabus

ein deutliches Bekenntnis. Eine Kulturstrategie hatte die GFL immer gefordert. Hinter den Schwerpunkten der jetzt verabschiedeten Strategie – Tanz, Jazz, Vermittlung – stehen wir. Inklusiv Kornhausforum.

Jetzt gilt es, kritisch zu beobachten. Bewährt sich die Strategie? Sind die Schwerpunkte richtig gesetzt? Entsteht Neues, gedeiht das stärker Geförderte? Ist das Publikum da, das würdigt, was entsteht?

Wir werden uns nicht scheuen dürfen, zu hinterfragen und wo nötig, Korrekturen anzubringen. Obwohl wir spätestens nach dieser Kulturdebatte wissen, dass auch Kulturschaffende nur Menschen sind und einmal erreichte Pfründe ungern loslassen.

Gabriela Bader, Stadträtin GFL

Grün gewinnt und man sollte meinen, dass wir daher guter Stimmung sind. Manchmal schauen wir Grünen aber eher sauertöpfisch aus der Wäsche.

Zugegeben, es mag ja sein: Am Anfang der grünen Bewegung in den 80er Jahren standen eher Sturzbetroffenheit und Weltschmerzbesoffenheit als Glück und Unbeschwertheit. Gleichgültigkeit gegenüber dem Bericht des Club of Rome, dem Walmorden und Waldsterben war nicht unser Ding. Seien wir ehrlich: Die Leichtigkeit des Seins praktiziert der Freisinn gekonnter als wir. Bei uns ist es eher die Ausnahme und dann ein Privileg von Lichtgestalten wie Bernhard Pulver, wenn wir trotz dem Leben (schwierig), uns selber (schwieriger) und der Politik (am schwierigsten) heiter gestimmt und frohgemut unterwegs sind. Frust infolge selbst gewählter Beschränkung, Missmut über den Gang der Welt und Misstrauen gegenüber allen, die Zufriedenheit mit sich und Fröhlichkeit mit der Gesellschaft ausstrahlen, sind unter uns Grünen zumindest episodisch gängige Stimmungsvarianten. Oft profilieren wir uns, indem wir gegen etwas antreten: gegen Offroader, gegen Wasserflugzeuge, gegen Formel 1 Rennen etc. Völlig zu Recht sehen wir darin verblödete Auswüchse der Spassgesellschaft.

Für anmächelige Güter und Werte

Wir unterdrücken dabei oft, dass Heliskiing und

Jetskiing auch kribbelnd und prickelnd sein können und nicht nur Zeitvertreib. Grüne Politik kann dadurch – zu Unrecht – in den Ruch kommen, lustfeindlich zu sein. Grüne Politik kann dadurch einen miesepetrigen Stallgeruch erhalten. Es ist daher an der Zeit, dass wir Grünen als die Winner-Partei, die wir zur Zeit sind, uns auch ein Winner-Image zulegen. Wir Grünen verfügen über eine breite Palette an anmächeligen Gütern, Zielen und Werten: Gesundheit für Körper durch naturnahe Ernährung und viel natürliche Bewegung, Gesundheit für die Psyche durch Verzicht auf Überfluss, Respekt gegenüber der Schöpfung und eine solidarische, zugewandte Haltung gegenüber Menschen und der Mitwelt bei uns und global. Mit solchen Werten kann man das Leben nicht nur bewältigen, sondern darin auch glücklich werden. Zeigen wir also bei den Wahlen: Grün macht glücklich! Dann werden sie für uns noch erfolgreicher, als sie ohnehin schon erwartet werden.

Alec von Graffenried, Grüner Regierungstatthalter



Volksvorschlag zur Steuergesetzrevision ist lanciert

Augenmass statt Kompromisslosigkeit

Die Grünen Kanton Bern haben einen Volksvorschlag zur steuerlichen Entlastung der Familien und des Mittelstandes lanciert. Damit gibt es eine verantwortungsvolle, attraktive Alternative zur kompromisslosen Steuergesetzrevision des Grossen Rates.

Die vom Parlament gegen den Widerstand der rot-grünen Parteien und der Mitte beschlossene Steuergesetzrevision nimmt neue Schulden in Kauf. Dies u.a. deshalb, weil die Vorlage Steuer-geschenke von 40 Mio. Franken für Spitzenverdiener vorsieht.

Familienfreundlicher Volksvorschlag

Der von den Grünen mitlancierte Volksvorschlag stellt der grossrätlichen Gesetzesrevision eine familienfreundliche Alternative gegenüber. Er fokussiert die steuerlichen Entlastungen auf jene Bereiche, in welchen der Kanton schlecht dasteht: Den Mittelstand und die Familien. Dank einer zusätzlichen Erhöhung des Kinderabzugs bietet der Volksvorschlag für Familien sogar mehr als die Grossratsvorlage.

Finanzpolitisch verantwortungsbewusst

Der Volksvorschlag ermöglicht eine substanzielle Steuersenkung. Zum Vergleich: Die 2005 verworfene Steuerinitiative hätte zu jährlichen Steuer-ausfällen von 400 Mio. Franken geführt. Mit dem Volksvorschlag gibt es eine Entlastung von 236 Mio. Franken. Gegenüber der Grossratsvorlage reduziert der Volksvorschlag die Ausfälle um 53 Mio. Franken. Dies ist bedeutsam, damit der Kanton auch in anderen Lebensbereichen attraktiv bleibt. So sind gute Tagesschulen für eine hohe Lebensqualität mindestens ebenso wichtig wie das Steuerniveau.

Volksvorschlag rasch unterschreiben

Nun gilt es, rasch die nötigen 10'000 Unterschriften zu sammeln. Daher: Bitte die beiliegende Unterschriftenkarte unterschreiben und ans Komitee zurückschicken. Vielen Dank.

Christine Häsler, Fraktionspräsidentin Grüne im Grossen Rat

Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton Bern



Aktuell



Regierungsrat fördert Tagesschulen

Der Ausbau der Tagesschulen ist ein wichtiges Anliegen des neuen Regierungsrats. Diese sind nicht «nur» familien-, gleichstellungs- und wirtschaftspolitisch wichtig, sie sind auch aus pädagogischer Sicht wertvoll.

Tagesschulen sind eine wichtige Zukunftsaufgabe der Volksschule. Sie ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben und leisten einen wichtigen Beitrag zu Integration und letztlich zur Gewaltprävention. Die Schaffung familienfreundlicher Strukturen für die Volksschule war deshalb eines der ersten Themen, das ich als Erziehungsdirektor anpackte. Ich habe eine Gesetzesrevision angestossen, welche namentlich den Ausbau des Tagesschulangebots und die Einführung von Blockzeiten beinhaltet. Die im Herbst eingereichte Tagesschul-Initiative hat dem Projekt zusätzlichen Schub verliehen.

Angebote im ganzen Kanton

Im März hat nun der Regierungsrat diese Volksschulgesetz-Revision in die Vernehmlassung gegeben. Die Gemeinden sollen in Zukunft verpflichtet sein, jene Tagesschul-Module anzubieten, nach welchen in der Gemeinde eine ausreichende Nachfrage besteht (z.B. Mittagstisch, Aufgabenhilfe). Die Gemeinden haben Anrecht auf Mitfinanzierung dieser Angebote durch den Kanton. Rund 25% der Kosten sollen durch sozial abgestufte Elternbeiträge gedeckt werden, die Infrastrukturkosten trägt die Gemeinde, die Lohnkosten (Normkosten) werden – wie die Lehrergehälter – zu 70% vom Kanton und zu 30% von der Gesamtheit der Gemeinden getragen (Lastenverteiler).

Investition in die Zukunft

Auf diese Art wird in den nächsten 10 Jahren ein wesentlicher Ausbau der Tagesschulangebote im ganzen Kanton erfolgen. Erfahrungsgemäss braucht der Aufbau von Tagesschulen allerdings eine gewisse Anlaufzeit. Es ist deshalb mit einem schrittweisen Anwachsen des Angebotes (und damit auch der Kosten) zu rechnen – einer wichtigen Investition in die Zukunft unseres Kantons!

Bernhard Pulver

Erziehungsdirektor des Kantons Bern

Termine

- 11.05.07: Begrüssungs- und Filmabend der Grünen Langnau. Ab 18.00 Uhr Köstlichkeiten auf dem Viehmarktplatz, 21.15 Uhr «Müetis Kapital», Film über Ruth Seiler-Schwab. Das Porträt einer mutigen Frau, die ihren eigenen Weg gegangen ist, ein wunderbares Zeitdokument aus dem letzten Jahrhundert.
- 21.05.07: AG Frauenpolitik, 19.00 Uhr im Sekretariat Grünes Bündnis Stadt Bern, Neubrückestrasse 17, Bern.
- 14.06.07: Gesundheitspolitik 2007 – 2011. Politikerinnen und Politiker im Kreuzverhör (u.a. Franziska Teuscher). Veranstaltung der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik. 14.00 – 16.45 Uhr, Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern (www.sggp.ch)
- 16.06.07: Dritte gesamtschweizerische Grossdemo unter dem Motto «wir sind die schweiz» gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. 13.30 Uhr, in Bern (www.sosf.ch)

Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Monika Hächler

Bild Seite 8: Fred Bodmer, Ueli Johner

Grafik: www.muellerluetolf.ch, www.transform.ch

Layout: TransForm

Druck: Schläefli & Maurer AG, Interlaken

Auflage: 8000

Eidgenössische Abstimmung vom 17. Juni

Nein zur unsozialen IV-Revision



Die Abstimmungsvorlage ist von einer Missbrauchsoptik geprägt, erhöht den Druck auf die Behinderten und führt zu Leistungsabbau. Dazu sagen die Grünen Nein.

Die Revision enthält Massnahmen, die bei den Betroffenen den Druck massiv erhöhen, mehr zur eigenen Integration in den Arbeitsmarkt zu tun. Ob die Wirtschaft für diese Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen genügend Arbeitsplätze bereitstellen kann und will, wird kaum thematisiert. Dazu Peter Hasler, der frühere Arbeitgeberpräsident im Sozialalmanach der Caritas 2006: «Die unbefriedigende Wirtschaftslage führte einerseits zum vermehrten Ausscheiden von Arbeitnehmenden, die mit gesundheitlichen

Problemen belastet sind und von der Arbeitslosenversicherung deshalb nicht mehr eingegliedert werden können. Der Weg zur IV ist damit vorgezeichnet. Gleichzeitig haben die Firmen wenig Möglichkeit, vermindert leistungsfähige Arbeitnehmende wieder einzugliedern, so dass an einen schnellen Abbau von Invaliden durch Wiedereingliederung in die Betriebe ernstlich nicht zu denken ist.»

Einsparungen auf Kosten der Schwächsten

Die IV-Revision will zusätzliche 300 Mio. Franken zu Lasten von Menschen mit Behinderungen einsparen, obwohl schon heute jeder fünfte unter der Armutsgrenze lebt. Die Familieneinkommen werden durch die Streichung von 51000 Zusatzrenten für Ehefrauen und 13000 für Ehemänner, die behinderte Angehörige pflegen, massiv gekürzt. Das Taggeld für Kinder von Behinderten wird um zwei Drittel gekürzt. Jährlich werden zudem 8600 junge Behinderte ihren Rentenzuschlag gänzlich verlieren (eine Vollrente beträgt im Schnitt 1'525 Franken). Dieser Sozialabbau auf dem Buckel schwacher Mitmenschen ist inakzeptabel.

Misserfolg vorprogrammiert

Das Ziel der Revision, Integration vor Rente, kann nur erreicht werden, wenn bei der Integration auf Freiwilligkeit und Kooperation gesetzt wird, und die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden. Die jetzige Revisionsvorlage ist weit davon entfernt. *Therese Frösch, Nationalrätin*

AKW: immer noch nein danke!



40% der in der Schweiz eingesetzten Energie verpufft ungenutzt. Schon nur der Stand-by-Verbrauch von Elektrogeräten verschlingt einen Viertel des Haushaltsstroms. Das entspricht un-

gefähr der Stromproduktion des AKW Mühleberg. Die Grünen wollen einen effizienten Einsatz von Energie, die inklusive Abwärme genutzt und dezentral bereitgestellt wird. Die Atomtechnik hat einen ausgesprochen geringen Wirkungsgrad. Die Abwärme verpufft in Flüsse. AKW bieten auch kaum Arbeitsplätze: Das AKW Mühleberg beschäftigt knapp 300 Leute, alle 5 AKW in der Schweiz zusammen nicht einmal 2000, die Branche für erneuerbare Energien hingegen ungefähr 40000 Personen!

Klimaschutz ist das falsche Argument in der Debatte: Die Gesamtbilanz CO2 bei einem AKW beträgt ca. 120g CO2/kWh Strom, was nahe bei einem effizienten, die Abwärme nutzenden Gaskraftwerk liegt. Nur der Atomreaktor selbst produziert kein CO2. Auch bei der Entsorgung der radioaktiven Abfälle sind wir nach 30 Jahren keinen Schritt weiter, es gilt immer noch:

«apres nous le déluge»

Rita Haudenschild, Grossrätin Grüne

bewegt

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern
Waisenhausplatz 21
3011 Bern
Adressänderungen
bitte nicht melden

Schickt mir weitere Unterschriftenbogen

Ich möchte mich in einer Arbeitsgruppe engagieren

Sendet mir die Wahlplattform

Ich möchte Mitglied werden

E-mail

Unterschrift

Abstimmungsparolen

■ Schweiz

Die Grünen sagen NEIN zur 5. IV-Revision (siehe Text oben).

■ Kanton Bern

Die Grünen Kanton Bern sagen JA zum Kredit von 33,4 Millionen Franken für das Tram Bern West. Die Vorlage, die im Juni die letzte Hürde beim Stimmvolk nimmt, ist optimiert. Die Investition ist zukunftsweisend und wird sich für den ganzen Kanton auszahlen.

SARZ steht für Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit. Mit diesem Gesetz werden neue Strukturen geschaffen, um Probleme, die Gemeindegrenzen überschreiten, demokratisch und gemeinsam zu lösen. Die Grünen Kanton Bern empfehlen ein JA.

■ Stadt Thun

Parolen der GFL Stadtratsfraktion: Stimmfreigabe zum Kaufvertrag für den Verkauf des Areals Blümlimatte zum Realisieren einer Wohnüberbauung. NEIN zum Teilverkauf der Energie Thun, resp. die Reglementsänderung, welche den Verkauf von 49% der Aktien an die BKW ermöglichen würde.

■ Stadt Bern

GB und GFL sagen JA zum städtischen Anteil von 20,1 Mio. an die Kulturverträge der regionalen Kulturkonferenz für Stadttheater, Kunstmuseum, Symphonieorchester, Paul Klee Zentrum und Historisches Museum. Ebenso JA zum Kredit für die EURO 2008 von 5.65 Mio. für eine Fan-Zone in der Oberen Altstadt, ein ökologieverträgliches Verkehrskonzept und Begleitmassnahmen wie Sicherheit.